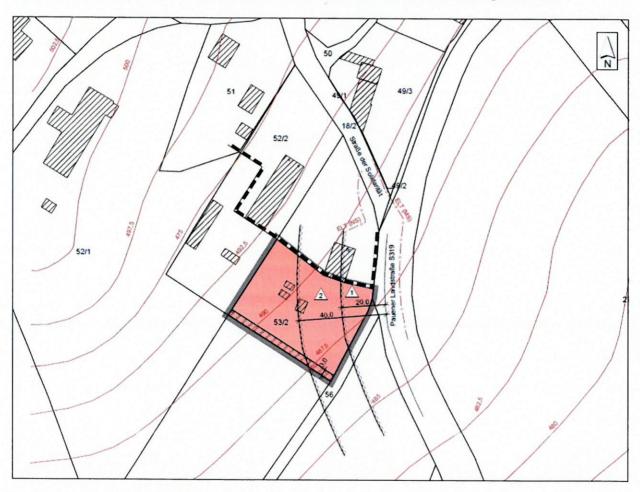
Ortsübliche Bekanntmachung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB

Inkrafttreten der Ergänzungssatzung III OT Großzöbern nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB für das Flst. 53/2 Gemarkung Großzöbern

Der Gemeinderat der Gemeinde Weischlitz hat am 15.03.2021 in öffentlicher Sitzung die Ergänzungssatzung III OT Großzöbern nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB für das Flst. 53/2 Gemarkung Großzöbern als Satzung beschlossen. Maßgebend sind die Planzeichnung, die textlichen Festsetzungen und die Begründung in der Fassung vom März 2021. Der Beschluss wird hiermit gemäß § 34 Abs. 6 Satz 2 i. V. m. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Die Ergänzungssatzung III OT Großzöbern nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB für das Flst. 53/2 Gemarkung Großzöbern tritt mit dieser ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.



Die Ergänzungssatzung III OT Großzöbern nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB für das Flst. 53/2 Gemarkung Großzöbern einschließlich ihrer Begründung kann bei der Gemeindeverwaltung Weischlitz, Bauverwaltung (Eingang R.-Breitscheid-Straße), Zimmer B 1.06, Am Alten Gut 3 in 08538 Weischlitz während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann die Satzung einsehen und über ihren Inhalt Auskunft verlangen.

Dienststunden: Dienstag, Donnerstag, Freitag 9 bis 12 Uhr sowie

Dienstag 13 bis 16 Uhr Donnerstag 13 bis 18 Uhr. Die in Kraft getretene Ergänzungssatzung mit Begründung wird gemäß § 10a Abs. 2 BauGB ergänzend in das Internet unter www.weischlitz.de eingestellt sowie über das zentrale Landesportal Sachsen unter www.bauleitplanung.sachsen.de zugänglich gemacht.

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und Abs. 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel in der Abwägung nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Weischlitz, Am Alten Gut 3 in 08538 Weischlitz geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.

Hinweis auf § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO): Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten 1 Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

- 1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
- 2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
- 3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
- 4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 SächsGemO geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Weischlitz, den 18.03.2021

Steffen Raab Bürgermeister

Gemeinde Weischlitz